Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

onnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst nd der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. rch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und erreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. **Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. **Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 196. | Dresden, Donnerstag den 25. August 1910. | 21. Jahrg.

Ein glänzender Sieg.

Zschopau. (Gesamtresultat.) **Göhre 14631 St., Brodauf (liberal) 4584 St., Fritzsche (Antis.) 4495 St. Mit einer Mehrheit von 5552 Stimmen hat die Sozialdemokratie den Wahlkreis erobert.**

Seit Wochen sah die politische Welt mit Spannung auf Wahlkreis Zschopau-Marienberg. Dort wurde Ersatzwahl ausgefochten, der man mehr als anderen kämpfen symptomatische Bedeutung für die nächsten stagswahlen beimaß. Es handelte sich um einen Wahl, der zwar schon wiederholt einen Sozialdemokraten in Reichstag entsandt hatte, der aber in zwei hintereinander enden Wahlen in der Person des Antisemiten Zimmernn einem konservativen Reformer zufiel. Auch die säch Sozialdemokratie verfolgte mit Spannung den Wahlf im Erzgebirge. Sollte doch zum ersten Male eine cheidung in einem Kreise fallen, der ihr unter der Hurramung und der Kolonialphantasterei der letztverflossenen e entrissen worden war.

Auf beiden Seiten wurden alle verfügbaren Kräfte mobil acht. Es war ein Ringen, von einer Heftigkeit, wie es r kaum jemals in einem sächsischen Reichstagswahlkreise beobachten gewesen ist. Freisinnige und Nationalliberale n mit einem gemeinsamen Kandidaten in den Kampf, ervative und Antisemiten ebenfalls. Versammlungen über ammlungen wurden abgehalten, ein Flugblatt jagte das re. Die Gegner ließen dabei alle Mittel der Verleumdung n. Sie fühlten wohl selbst in den letzten Wochen, daß der Boden unter den Füßen entschwand. Denn ihre ammlungen waren zum großen Teil leer, die Stimmung ren Reihen eine gedrückte.

Doch in dem Maße, wie die Last der eigenen gewaltigen den ihre Hoffnung niederdrückte, sank das Niveau ihrer ation. Freisinnige und Antisemiten überboten sich schließ darin, alte, längst widerlegte Wahllügen gegen die Sozialkratie wieder aufzuwärmen. Die ältesten Ladenhüter ähnlichster Sorte wurden wieder ausgekramt. Mit mähungen und elenden Verleumdungen glaubten sie das hängnis abwenden zu können. Es war alles vergebens.

Natürlich haben auch unsere Genossen ihre Schuldigkeit n. Sie folgten den Gegnern auf den Füßen, machten Lüge nach der andern tot und rüttelten die Massen durch gblätter und Versammlungen auf. Wohl ging die Sozialokratie mit der Hoffnung auf einen Sieg in den Kampf, l zweifelte niemand daran, daß Genosse Göhre Sieger ben würde, aber einen so überwältigenden Sieg e wohl auch der größte Optimist nicht erwartet. hl hat die Sozialdemokratie diesen Wahlkreis schon zweierobert und einmal auch gehalten, aber das geschah zum l nur mit knapper Mehrheit. So drang Genosse Rosenow 8 bei den Stichwahlen mit nur 600 Stimmen Majorität ch und selbst bei den für die Sozialdemokratie glorreichen hlen von 1903, wo Sachsen das rote Königreich wurde, ug die sozialdemokratische Mehrheit nur 3540 Stimmen, n es entfielen damals auf den Reichsparteiler nke 9876 Stimmen, auf Rosenow 18619 Stimmen. ber durch Rosenows Tod 1904 erforderlich gewordenen hwahl ging die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen 10277 zurück. In der Stichwahl siegte Zimmermann 11957 Stimmen über den Genossen Pinkau, der nur 982 Stimmen erhielt. Die Hottentottenwahlen von 1907 ten für die Gegner ein noch günstigeres Resultat, denn mmermann wurde mit 14732 Stimmen gegen Göhre gehlt, auf den 11281 Stimmen entfielen.

Diese Ziffern muß man mit dem Ergebnis vom 24. August gleichen. Da wird unser Sieg zu einem gewaltigen, die iederlage der Gegner niederschmetternd nd vernichtend. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ersteigt selbst die aus dem Jahre 1903 um fast genau 1000, hrend die sozialdemokratische Mehrheit, verglichen mit dem nzenden Erfolge von 1903, um fast genau 2000 Stimmen ist. Noch glänzender aber wird das Resultat, wenn r es neben das von 1907 stellen: Unser Stimmenzuwachs rägt 3350, die Gegner aber haben einen Verlust von 5653 mmen zu beklagen. Der sozialdemokratische Gewinn und r gegnerische Verlust zusammengerechnet ergibt gegen 1907 e gewaltige Differenz von 9003 Stimmen zugunsten der Sozialdemokratie. Und das ist erreicht worden in einem Kreise, der nur ungefähr 25000 eingeschriebene Wähler zählt.

Wir sind weit davon entfernt, dieses Ergebnis allein auf die Zugkraft unserer Ideen und auf unsere Agitation zurückzuführen. Die gewaltige Sündenlast der Gegner war Wasser auf unsere Mühlen. Die Zahlen aber veranschaulichen, wie furchtbar groß und vernichtend der Volksunwillen über die Freveltaten des schwarzblauen Blockes ist. Furchtbar rächen sich der Egoismus und die Interessenpolitik der herrschenden Parteien im Reichstage. Doch es zeigt sich auch, daß das Volk allein der Sozialdemokratie sein Vertrauen zuwendet, wenn es betrogen worden ist. Umsonst sind die liberalen Lockungen und Versprechungen gewesen, umsonst war das radikale Spiel des freisinnigen Kandidaten, umsonst auch die Verleumdungen der Sozialdemokratie. Zu Tausenden wandte sich das Volk ab von den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zu, wie noch niemals zuvor in diesem Wahlkreise.

Der 24. August ist zu einem Ehrentage für die Sozialdemokratie geworden. Ein neuer Kämpfer zieht mit dem Genossen Göhre in den Reichstag ein. Die sozialdemokratische Fraktion wächst dadurch auf 51 an. Wir können uns aber auch der Hoffnung hingeben, daß unter den Schlägen dieses jüngsten Wahlkampfes der 20. sächsische Reichstagswahlkreis zu einer uneinnehmbaren sozialdemokratischen Feste geworden ist.

Der Wahlausfall in Zschopau-Marienberg ist einer der schönsten Erfolge im jetzigen Siegeszuge der Sozialdemokratie. Es ist damit der große Entscheidungskampf bei den kommenden Reichstagswahlen würdig eingeleitet worden. Fallen diese so aus wie diese erste Feuerprobe, so wird Sachsen bei den nächsten Reichstagswahlen ein knallrotes Königreich.

* * *

Eine Mitteilung des Wolffschen Bureaus bringt von den unsrigen etwas abweichende Ziffern über das Gesamtresultat, doch wird dadurch an dem Stimmenverhältnis der Parteien zueinander nichts Wesentliches geändert, während die sozialdemokratische Stimmenzahl danach noch um 200 größer sein soll.

Die Meldung lautet:

Marienberg, 25. August. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im 20. sächsischen Wahlkreise erhielten nach der endgültigen Feststellung Fritzsche (Reformp.) 4630, Brodauf (Fortschr. Volksp.) 4717 und Göhre (Soz.) 14831 Stimmen. Göhre ist somit gewählt.

Keine preußische Wahlreform!

Der Berliner Lokalanzeiger will nun aus ganz sicherer Quelle die Nachricht erhalten haben, daß dem preußischen Landtag in dessen nächster Tagung keine neue Wahlrechtsvorlage zugehen wird. Die maßgebenden Stellen hielten es für richtig, mit einer solchen Vorlage, die unter keinen Umständen eine bloße Wiederholung des vorigen Regierungsentwurfs sein dürfe, erst nach den allgemeinen Wahlen zum Reichstage wieder an den preußischen Landtag heranzutreten.

Aus feigen Wahlrücksichten soll also die Lösung einer Aufgabe, die schon vor zwei Jahren in einer Thronrede als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ bezeichnet wurde, abermals auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden. Die reaktionären Parteien fürchten, daß die Wiederaufrollung der Wahlrechtsfrage im Landtag zu einer neuen Störung des Einvernehmens unter den bürgerlichen Parteien führen könnte. Darum fordern sie die Ausschaltung der Wahlrechtsfrage aus der aktuellen Politik und finden auch mit dieser Forderung bei der Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg schweigenden Gehorsam.

Die schlaue Rechnung der vereinigten Wahlrechtsfeinde hat aber ein Loch. Diese Leute gehen von der possierlichen Auffassung aus, als ob es bloß von ihnen und der Regierung abhinge, ob die Wahlrechtsfrage aufgerollt wird oder nicht!

Die preußische Wahlrechtsfrage wird aber wieder aufgerollt werden. Im Reichstag, im Landtag, in der Presse, in Versammlungen, im Saal und unter freiem Himmel. Sie wird aufgerollt werden, daß die reaktionären Herrschaften Augen machen werden!

Der Verzicht der Regierung auf die Einbringung einer Wahlrechtsvorlage ist der offene Bankrott der Regierungspolitik, ja der bürgerlichen Politik überhaupt. Und im Zeichen der Wahlrechtsbewegung werden sich die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen erst recht zu einer Abrechnung gestalten, wie man sie im Deutschen Reiche noch nicht erlebt hat!

Vom Katholikentag.

ke. Augsburg, 23. August.

Das Wort von der verflachenden und verrohenden Wirkung der Demokratie gilt in der Tat für eine Sorte von Demokratie, für jenes Zerrbild, wo nicht die geistige, politische und soziale Verselbständigung der Gesamtheit Inhalt und Ziel der Demokratie ist, sondern die Masse nur benutzt wird als das Werkzeug ihrer Führer, gegen ihre eigensten Interessen, wo das „Volk“ der Fürstenempfänge auf dem Marktplatz sich am gebratenen Ochsen begeistert. Bei solcher „Demokratie“, wo man zum Volk herabsteigt, wo man ihm schmeichelt, um es zu betrügen und zu vergewaltigen, herrscht allerdings Flachheit und Roheit, und Heuchelei und Lüge obendrein. Das ist die Demokratie unseres Zentrums und seine konfessionell verkleideten Parteitage sind Brutstätten einer platten Fibelweisheit, die sich inhaltlos und vorschriftsmäßig in immer gleichen Wiederholungen manifestiert: eine Stunde Katholikentag einer einzigen Veranstaltung erschöpft alle die zahllosen Veranstaltungen und alle Katholikentage. Es gibt nichts Neues, es gibt keine Entwicklung, und nur der bunte Wandel der Zeitereignisse putzt die Reden aktuell ein wenig auf, sonst wären sie zum Verwechseln alle gleich. Alle diese Feudalherren, Richter, Rechtsanwälte, Professoren, Fabrikanten und geistlichen Berufsagitatoren sind im Grunde philisterhafte Mittelmäßigkeiten, die den Namen Gottes widerwärtig oft mißbräuchlich im Munde führen und nur bedacht sind, ihr Volk bei guter Laune zu erhalten.

Die Masse hat auch kein sonderliches Interesse für diese gespreizte unehrliche frömmelnde Rednerei. Beim Studentenaufzug drängte man sich zu Haufen, auch bei der Männerwallfahrt am Dienstag früh, von einer Kirche in die andere — „beweist, daß auch Männer beten können“, lautete die Aufforderung zur Teilnahme —, fehlte es nicht an Massen, aber die Arbeiterversammlungen am Sonntag waren leer, auch die erste öffentliche Hauptversammlung am Montag nachmittag erfreute sich keines übermäßigen Besuches, und das parteipolitische Paradestück, die Generalversammlung des Volksvereins zu der noch große Plakate mit Angabe der zugkräftigen Redner besonders eingeladen hatten, war ein glatter Mißerfolg: die nicht allzu vielen Zuhörer am Beginn verließen sich rasch wieder.

Für die erste öffentliche Versammlung hatte man sogar einen Minister als Redner gewonnen, den österreichischen Ackerbauminister Ebenhoch, aber der Mann enttäuschte mit einer langweilig salbadernden Predigt, wie man die Gebildeten für die katholische Weltanschauung gewinnen könnte. Sein Hauptgrund für den Vorteil dieser Weltanschauung war recht materialistisch: „Nach Schmoller sind von den 12 Millionen Familien 5¼ Millionen in der untersten Steuerstufe. Was nun, wenn diese 5¼ Millionen sagen würden: Nach dem Tode ist ja doch alles aus, was haben wir hier anderes zu tun, als für uns selbst zu sorgen und alles andere zu Boden zu treten.“ Dasselbe hat vor einem Jahrhundert Napoleon kräftiger gesagt: Ohne das Christentum sei nicht zu begreifen, warum die Armen nicht die Reichen totschlügen. Empfahl der Minister den Herrschenden das Christentum als Bändigungsmittel für die Massen, so ergänzte Tags darauf im Volksverein Herr Gröber ebenso „materialistisch“ den Gedanken, indem er den Ausgebeuteten klar machte, wenn die Herrschenden das Christentum und der Staat die Religion verlöre, dann sei jede Schranke für die maßloseste Ausbeutung beseitigt. So wird das Christentum für beide Lager unter dem Gesichtspunkte der Bestiendressur begründet — die Herrschaften, für die das Wort Materialismus das schlimmste Schimpfwort ist, wissen nicht, wie sehr sie selber Materialisten im niedrigsten Sinne sind, wenn sie derlei Motive geltend machen. Dabei mag dieser Zweckmäßigkeitsgedanke für die Herrschenden probat sein, für die Unterdrückten aber ist er mehr als bedenklich; denn sie haben ja keinerlei Möglichkeit, ihren Ausbeutern das Christentum zu erhalten oder aufzuzwingen, und so laufen sie Gefahr, zwar selbst sich christlich zu fügen, während ihre Herren ganz „heidnisch“ Gewalt üben.

In den langen Zwischenreden des Präsidenten Marx wurden einige Tagesfragen gestreift. Die Borromäuskundgebung gegen die Bauchandeter wurde als rein historisch für erledigt erklärt. („Werturteile über die damaligen Verhältnisse und Zustände, die eine Anwendung auf die Gegenwart ausschließen.“) Gegen den Richtungsstreit im eigenen Lager wurde die Mahnung zur Einigung eingeschärft: „Richtung Rom heißt die für alle Katholiken gemeinsame Parole!“ Endlich aber erfuhren wir die erfreuliche Tatsache, daß sich das Zentrum wenigstens in einem Winkel des deutschen Vaterlandes nicht wohl fühlt. Mit deutlicher Anspielung auf Baden rief Herr Marx entsetzt aus: „Wir stehen vor etwas Unfaßbarem, wenn wir hohe Staatsmänner diesen ausgesprochen und zielbewußt staatsfeindlichen Elementen (den Sozialdemokraten) die Wege ebnen sehen und Lob und Anerkennung aussprechen hören.“ Herr Gröber hat Tags darauf dieses Entsetzen noch lebhafter ausgedrückt.

Daß das Zentrum sich nicht mehr ganz sicher fühlt, beweist die fieberhafte Tätigkeit des Volksvereins im verflossenen Jahre. Der Geschäftsbericht über die Tätigkeit dieser eigentlichen Wahlorganisation des Zentrums weist riesige Zahlen auf: die Mitgliederzahl hat sich um 27769 auf 652645 vermehrt. Den Haupterfolg hatte das rechtsrheinische Bayern mit einem Gewinn von 14885 Mitgliedern; dagegen hat das Rheinland einen Verlust von 5039 Mitgliedern zu verzeichnen. Nicht weniger als 20000000 Druckschriften hat der Volksverein — dieses „Brennglas für kurzsichtige Augen“, wie Herr Marx ihn feierte — im Jahre 1909/10 verbreitet, 8 Millionen mehr als im Vorjahr! Der Schriftversand hat seit 1891 die Stückzahl von 143600989 erreicht. Eine Broschüre über den „Herrerummel“ wurde in 22000, über „Freidenkerschlagworte“ in 62000 Exemplaren hinausgeworfen.

Durch die verschiedenen Reden, die in der Generalversammlung des Volksvereins gehalten wurden, zog sich aufdringlich die „nationale Gesinnung“ und der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Herr Gröber allerdings störte mit seiner wilden politischen Wahlrede das Programm des Katholikentages der im Sinne des Erzbischofs Kopp für die allbürgerliche Sammelpolitik tätig sein sollte. Dieser Fanatiker, der hinter einem biedermännlich schwäbelnden Draufgängertum eine maßlose Verleumdungssucht und einen brutal vergewaltigenden Terrorismus verbirgt, hielt eine Brandrede gegen die Sozialdemokratie und ergoß den blutigsten Hohn über die Liberalen, die doch eben zuvor durch den Augsburger Oberbürgermeister den Katholikentag so warm hatten begrüßen lassen. Ganze Heere proletarischer Freidenker-Agitatoren ließ er aufmarschieren, auf das Märtyrergrab des gemordeten Ferrer spie „christlich“ sein noch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100825/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG